



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 2016

"Beyond Welcome - Eine andere Planung ist möglich" (s. auch S. 9)



Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:
Mittwoch, 06.07.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bericht von der BMV	S. 2
Rechenschaftsbericht	S. 2
Arbeitsprogramm	S. 5
Anmerkungen zum Bundeparteitag	S. 8
Bündnisdemo	S. 9
Rote Radtour / CSD	S. 10
BO Wilhelmsburg	S. 11
Bildungstag Rechtsruck / Stadtfest	S. 12
Termine / Kontakt	S. 13

BMV 5.6.2016 Ergebnisse

Rund vierzig GenossInnen hatten nicht nur den Weg in die „Rothenburg“ gefunden, sondern auch das Sitzfleisch mitgebracht, von 11 bis 19 Uhr zu diskutieren und zu wählen. Allerdings unterbrochen für den Verzehr zweier köstlicher Suppen, für die Frank gesorgt hatte. Überhaupt war das Überleben an diesem heißen Tag durch reichlich Flüssigkeit gesichert.

Nach der Konstituierung und der Abstimmung der Tagesordnung gab zunächst der alte Vorstand seinen Rechenschaftsbericht ab (siehe unten). Es folgten die Berichte des Schatzmeisters und der RevisorInnen. Die Finanzlage des Bezirksverbands ist gut, die Buchführung ist in Ordnung. Es ist keine Aktivität an mangelndem Geld gescheitert und das wird voraussichtlich auch in den kommenden zwei Jahren nicht der Fall sein. Besonders erfreulich ist es, dass die vom Bezirk vorgeschossenen Druckkosten für die „Debatte“ vollständig durch Spenden gedeckt werden konnten.

In der Diskussion wurde insbesondere gewürdigt, dass der alte, faktisch nur (noch) dreiköpfige Vorstand seine Aufgaben trotzdem weitgehend bewältigt hat. Kritisiert wurden von mehreren GenossInnen die mangelnde Kommunikation zwischen Vorstand und den Fraktionen in der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung sowie die Konzentration auf die „großen“ Themen, wobei das spezifisch Bezirkliche zu kurz gekommen sei.

Die Entlastung des Vorstands und des Schatzmeisters erfolgten ohne Gegenstimme.

Für die zukünftige Arbeit lag ein Antrag des alten Vorstands als Alternative zu den im letzten Mitteilungsang veröffentlichten „Eckpunkten“ vor (siehe S. 6). Nach einer Diskussion zur künftigen Arbeit wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, beide Papiere dem neuen Vorstand als Material zur Bearbeitung und Wiedervorlage anhand zu geben (nach „wohlwollender“ Kenntnisnahme).

Für die Wahlen übernahmen Volker (Goli) Vödisch (Altona) sowie Franziska Hildebrand und

Heike Wokon die Sitzungsleitung. Vielen Dank an Goli und seine Mitstreiterinnen!

Die Größe des neuen Vorstands wurde mit großer Mehrheit (wie bisher!) auf 12 Menschen festgelegt.

Änderung der Wahlordnung für die Listenwahl der weiteren Vorstandsmitglieder:
Quorum 40 % (statt 50%).

Die Ergebnisse:

Wahl des Schatzmeisters (41 Stimmberechtigte):

Frank Rinnert 29 : 9 : 3

Wahlgang Frauen, sechs Plätze, leider nur drei Kandidatinnen (42 Stimmberechtigte):

Monika Berstecher (HaHoBo) 26

Theresa Jakob (St. Pauli) 26

Regina Jürgens (St. Georg) 24

Gemischter Wahlgang fünf Plätze, acht Kandidaten (43 Stimmberechtigte):

Michael Czerwinski (W'burg/Veddel) 38

David Stoop (W'burg/Veddel) 37

Alexander Benthin (Uni) 25

Jörg Günther (St. Georg/Uni) 24

Wolfgang Strauß (Billstedt) 22

Harald Singler (HaHoBo) 21

Aare-Silver Büniger (W'burg/Veddel) 14

Jörg Otto (Billstedt) 8

Nominierung des Bezirksvertreters für den Landesvorstand (42 Stimmberechtigte):

Kristian Glaser (Uni/St. Georg) 24

Jürgen Olschok (W'burg/Veddel) 18

Nach achteinhalb Stunden war es um 19:45 Uhr vollbracht. Möge der neue Vorstand sich rasch zusammenraufen und erfolgreiche Politik für Hamburg Mitte gestalten!

besel

Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands DIE LINKE Hamburg-Mitte 2014-2016

Liebe Genossinnen und Genossen, der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands für die letzten 2 Jahre beginnt mit einer kurzen politischen Rückblende auf die Zeit unmittelbar vor unserer Wahl.

Ende Januar 2014, Münchener Sicherheitskonferenz: Die Worthülse im Patronengürtel der NATO – auch Bundespfarrer Joachim Gauck genannt – will mehr militärische Verantwortung übernehmen. Ex-Kanzler Helmut Schmidt ist die NATO egal. Die nicht mehr benötigte NATO versucht

sich derweil trickreich nach Osten zu erweitern und tut ganz verwundert, dass da „der Russe“ kopfschüttelnd vor der Tür steht; Schwarz-Grün in Hessen – ein modernes Regierungsmodell für Deutschland? Die beiden Parteien passen gut zusammen und arbeiten seit dem völlig geräuschlos miteinander; Kubanische Ärzte helfen in Westafrika mit, die Ebola-Pandemie zu überwinden; Uli Hoeneß und Alice Schwarzer werden bei der Steuerhinterziehung erwischt.

Die EU ist neoliberal, militaristisch und weiterhin undemokratisch – diese Wertung der Linken wird durch die Grundverträge der Europäischen Union bestätigt, ist aber von dem Hamburger Parteitag mit großem Getöse wieder aus dem Programm gestrichen worden. Diese Scharte ist vor einer Woche in Magdeburg wieder ausgewetzt worden. Mit solidarischer Politik des demokratischen Sozialismus kann die DIE LINKE in Hessen zum dritten Mal in Folge ins Parlament einziehen. **Veränderungen beginnen mit Opposition** – das ist fortan die Losung in Hamburg – um sich souverän und mit eigenen Zielen dem politischen und gesellschaftlichen Gegner zu stellen.

Mit diesem Schwung sind wir im Juni 2014 als neuer Vorstand frisch ans Werk gegangen. Ein wesentlicher Anspruch unsererseits war, mit **monatlichen Bezirksmitgliederversammlungen und zweiwöchentlichen, offen eingeladenen Bezirksvorstandssitzungen** aktiv eingreifende Oppositionspolitik von der Basis her zu entwickeln. Denn eine LINKE Partei sollte sich dadurch auszeichnen, dass alle ihre Mitglieder angstfrei und offen in guter Atmosphäre grundsätzliche Fragen diskutieren, Einigungen bei strittigen Themen erarbeiten, und konkrete Vorhaben gemeinsam entwickeln.

Die erste größere politische Auseinandersetzung drehte sich um die **Seilbahn von St. Pauli zu den Musicals** auf der anderen Elb-Seite. Dazu haben wir gesagt: Keinen Profit für einige wenige Kapitaleigner zu Lasten der Bevölkerung! Stattdessen brauchen wir eine demokratische, soziale und allgemeinwohlorientierte Stadtentwicklung! Folgerichtig wurde die Seilbahn mit großer Mehrheit (63,8%) abgelehnt.

Nicht erfreulich war das Einziehen der **AfD** in die Landtage von Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Schon kurz davor war die AfD Thema einer BMV. Ruben Hittmeyer von den AGen Antifa und gegen Rechts beleuchtete Hintergründe zur AfD, Christine Detamble-Voss zitierte aus dem sächsischen AfD-Wahlprogramm und berichtete von den ersten Erfahrungen mit der AfD in der Bezirksversammlung. Ergebnis war, dass die AfD erschre-

ckend rückwärtsgewandte Kulturvorstellungen (Gott, Vaterland, Familie) mit neoliberaler Wirtschaftspolitik kombiniert und eine ernstzunehmende Gefahr ist – besonders dort, wo die LINKE ihren Oppositionsgeist vermissen lässt und Regierungsbeteiligungen anstrebt.

Im September 2014 hatten wir mit Andrej Hunko unsere erste öffentliche Veranstaltung mit dem Thema **Frieden in der Ukraine**. Wir konnten u.a. erfahren, dass in der Ukraine ein extrem korruptes Wahlsystem besteht und linke Gruppen recht zersplittert sind – aber angesichts der faschistischen Gefahr auch neu ihre gemeinsame Verantwortung erkennen und wahrnehmen.

Ab September 2014 warf die **Bürgerschaftswahl** ihre Schatten voraus. Uns war es wichtig, bei den vielen Wahlversammlungen mit inhaltlichen Themen wie Rekommunalisierung, Schuldenbremse und Stadteilkultur gemeinsame Bezugspunkte zu schaffen. Zudem berichtete Kristian Glaser kontinuierlich von der **Programmdebatte** und ermutigte die aktive Basis der Bezirkspartei die politischen Ziele für den Wahlkampf mit zu entwickeln. So erfuhren wir vom Streit um die Präambel zum Programmentwurf. Die von Dora und Kristian verfasste Präambel war vom Landesvorstand mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Manche Mitglieder des Landesvorstandes und der Fraktion waren jedoch plötzlich mit der klaren Oppositionsorientierung etwas überfordert. So wurde die Präambel für das Bürgerschaftswahlprogramm im Nachhinein wieder verändert. Auch die weiteren Veröffentlichungen des Landesverbandes entsprachen nicht so ganz der beschlossenen Oppositionsorientierung – sie wurde einfach heraus gekürzt. Daher haben wir die **„Programmatischen Positionen zur Bürgerschaftswahl“** drucken lassen und in großer Stückzahl verteilt - ein Kurzwahlprogramm mit wörtlich zitierten zentralen Aussagen aus dem beschlossenen Wahlprogramm.

Zentrum des Wahlkampfes in Mitte war das **zweiwöchentlich tagende Wahlaktiv**, an dem sich erfreulicherweise sogar Nicht-GenossInnen beteiligten. Von dort ging u.a. die Veranstaltung "Hartz IV - Widerstand hier" mit Inge Hannemann und Herbert Schui aus. Außerdem haben wir mitten in der Wahlkampf-Zeit auch eine BMV mit Martin Dolzer über **linke Flüchtlingspolitik** veranstaltet, was von einigen Genossinnen und Genossen als eine ungünstige Terminierung gesehen wurde. Die rege Teilnahme und gute Diskussion hat uns jedoch bestätigt, dass es gerade auch im Wahlkampf gut ist, voneinander zu lernen und Problemen gemeinsam zu begegnen. Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg spricht für uns:

8,5% wählten hamburgweit DIE LINKE, im Bezirk Mitte waren es sogar **12,4%**. Damit waren wir erstmals vor Altona der Bezirk mit dem besten Ergebnis für DIE LINKE.

Was sich dann aber abspielte, war hochgradig unprofessionell und hat der Partei geschadet. Wie mit Dora Heyenn umgegangen wurde, geht gar nicht. „Mehr Menschlichkeit, das muss drin sein!“ war ihr Slogan. Die Spitzenkandidatin derart zu demontieren ist für eine linke und solidarische Partei unfassbar. Viele aktive GenossInnen und Genossen haben sich aus diesem Grunde zurückgezogen. So etwas darf sich auf keinen Fall mehr wiederholen.

Nach der Wahl von Frank Rinnert zum Schatzmeister und einer aktuellen Stunde zu Griechenland mit dem Ergebnis, dass wir es mit den Erpressern aufnehmen müssen und nicht die Erpressten anklagen, war das nächste große Thema die Zustände bei der Unterbringung und **Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen**. Ronald Kelm berichtete von der erschütternden Unterversorgung ankommender Flüchtlinge. Rachid Messaoudi stellte das „Betreuungs- und Versorgungskonzept von Flüchtlingen“ der AG Gesundheit vor. Dora Heyenn, inzwischen fraktionslose Abgeordnete, konnte einen Erfolg verkünden: Die gemeinsame Initiative mit der AG Gesundheit hatte dazu geführt, dass immerhin eine Erstuntersuchung aller Flüchtlinge fortan stattfinden sollte.

Im Jahr 2015 war **NOlympia** ein durchgehendes Thema. Die extensive Werbekampagne des Senats belästigte alle und rüttelte gleichzeitig auf. Wer so massiv und lange wirbt ist sich seiner Sache gar nicht so sicher. Auf unserer Seite stellte Mehmet Yildiz mit einer umfangreichen Broschüre seine Rechercheergebnisse zu den Erfahrungen der letzten Ausrichterstädte vor. Auf dieser Grundlage konnte DIE LINKE ihre Kritik vertiefen und über den neoliberalen Charakter der Spiele ohne Brot aufklären. Teuer und Panne statt Feuer und Flamme! Wir sind daraufhin für eine solidarische Stadtentwicklung eingetreten, in die stattdessen investiert werden muss. Das wurde von vielen Bündnissen und Aktiven unterstützt. Der einstimmige Landesparteitagsbeschluss auf dieser Linie sollte zunächst nicht gedruckt werden. Als wir vom Bezirk-Mitte diesen Beschluss drucken ließen, kam der LaVo langsam aus'm Quark. Sehr erstaunlich, da es sich um einen **EINSTIMMIGEN** Beschluss des LPT handelte. Mit unserem Eingreifen konnten wir entscheidend dazu beitragen, dass sich von einst 60 % Zustimmung schließlich 51,6% gegen Olympia aussprachen und das Rot-Grüne Hauptprojekt zu Fall gebracht wurde.

Im November 2015 haben wir mit der AG Gesundheit und Dora Heyenn zur Fachtagung für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser eingeladen. Der Landesverband vertreten durch den Landesvorstand lehnte die Finanzierung aber ab. Wir vom Bezirksvorstand sahen die Veranstaltung als dringend geboten an, da wir damit an einem entscheidenden Punkt in die Offensive gegen Privatisierungen kommen, dieses Ziel Teil unseres Wahlprogramms zur Bürgerschaft und eines der acht Hauptplakate war, und die AG schon über ein Jahr daran arbeitete. Trotz aller Widrigkeiten: Die Veranstaltung war gut besucht und scheint im Bundesgebiet die ersten Nachahmer zu finden. Weiter so! Nicht einschüchtern lassen!

Die Zeitschrift „Hamburg Debatte“, immerhin die 14. Ausgabe, sollte zum Jahresende (Dezember) herausgegeben werden. Der LaVo wollte das fertige Heft jedoch nicht veröffentlichen, sondern erst sollte ein Workshop die Richtigkeit überprüfen. Das wäre dann in 2-4 Monaten geschehen. Aber: Nichts ist so unattraktiv wie eine alte Zeitung. Wir haben die Druckkosten erst einmal vorgestreckt und sie sind über Spenden komplett wieder hereingekommen. Vielen Dank an alle, die sich daran beteiligt haben!



Zum Jahresausklang 2015 haben wir noch eine Jahresendfeier mit Filmabend in der Rothenburg ausgerichtet. Sie war gut besucht und heiter gestimmt, nicht zuletzt durch die sehenswerte Böll-Verfilmung von „Nicht nur zur Weihnachtszeit“ mit Rolf Becker in jungen Jahren. Anfang 2016 fand dann eine BMV zum Thema Kampf um die Einführung von Zivilklauseln für die friedliche Ausrichtung von Hochschulen statt. Referent war Eric Recke, der u.a. von der erfolgreichen Einführung einer Zivilklausel an der Fachhochschule HAW hier bei uns in Hamburg-Mitte berichtete. Somit ist die erste Hochschule in Hamburg mit einer Zivilklausel versehen. Das macht Hoffnung und Mut!

Im März war das Thema: „Aktuelle Herausforderungen der LINKEN als internationalistische Friedenspartei“ mit Harri Grünberg von der AG CubaSi als Referent. Wir kamen gemeinsam zu

dem Ergebnis, dass es sehr auf klare friedenspolitische Initiative der LINKEN ankommt. Vor diesem Hintergrund haben wir Kerstin, Nilüfer, Jürgen und Kristian zu den neuen Bundesparteitagsdelegierten gewählt. Sie konnten bei einer bald darauf eingeladenen Delegiertenberatung einige Änderungsanträge an den Bundesparteitag auf den Weg bringen, die diesem Ziel durchaus zuträglich waren.

Auf der letzten BMV im April war das Thema „Aktuelle Herausforderungen der LINKEN als Kraft wider die soziale Spaltung“. Hier konnten wir anhand des Papiers „Revolution für soziale Gerechtigkeit“ von Katja Kipping und Bernd Riexinger

feststellen, dass wir im Kontra zur Einschüchterung von rechts durch die AfD die soziale Frage grundsätzlich stellen und offensiv beantworten müssen. Die 22 neu gewählten Landesparteitagsdelegierten haben jetzt die Aufgabe, dies auf Landesebene zu befördern.

Resümierend lässt sich sagen: Oppositionelle Politik ist nicht nur richtig und erfolgreich. Sie macht auch Spaß und ist nicht verhärtet, wie es Herbert Schui treffend ausdrückt. Dieser Kurs sollte mit mehr Aktiven im Vorstand und außerparlamentarischem Schwerpunkt weiter ausgebaut werden.

Antrag an die Bezirksmitgliederversammlung der LINKEN HH-Mitte, 05.06.2016

Alexander Benthin, Jörg Günther und Frank Rinnert

Die BMV möge folgenden Antrag befassen, beraten und beschließen:

Opposition wirkt, Solidarität schafft Hoffnung!

Arbeitsprogramm für DIE LINKE Hamburg-Mitte 2016 bis 2018

In Hamburg-Mitte verdichten sich die Widersprüche und Herausforderungen der kapitalistischen Gesellschaft: Auf der einen Seite steigt auch hier die Armut und öffentliche Infrastruktur erodiert unter der Knute der „Schuldenbremse“, auf der anderen Seite wächst der Reichtum einiger Weniger, und es werden die Hafencity sowie die Elbphilharmonie gebaut. Der Hafen ist einerseits „Tor zu Welt“ und damit Quelle aufgeklärter Kultur und internationalistischer Bewegung, andererseits werden hier Waffen produziert und in alle Welt verschifft - wo sie Tod und Verzweiflung bringen und immer mehr Menschen zur Flucht zwingen. Der Hauptbahnhof im Herzen der Stadt ist für viele Geflüchtete ein Ort der Erstankunft, an dem sie einerseits mit der restriktiven Ausländerbehörde und völlig unzureichender Versorgung konfrontiert sind, andererseits hat sich hier die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ organisiert und sehr viele Unterstützer engagieren sich mit großem Verve.

CDU und FDP haben mit ihrem neoliberalen Kurs zur Vertiefung der sozialen Spaltung beigetragen und damit die AfD heraufbeschworen. Die SPD unterwirft sich auf „New-Labour“-Kurs der Handelskammer und ist besonders in Hamburg-Mitte eng mit der Rüstungsindustrie verbandelt. Die Grünen sind ein Programm der Beliebigkeit und als williger Koalitionspartner für jeden zu haben. Sie alle sind Teil der tiefen Krise des Kapitalismus, der seine Unfähigkeit, ein erfülltes Leben für Alle in Frieden zu gewährleisten, täglich offenkundiger werden lässt.

Unterdessen wächst der Unmut über die herrschende Politik und die Suche nach einer huma-

nen Alternative. Die AfD versucht sich als eine solche zu präsentieren, will aber als Partei für die Reichen das Elend noch verschärfen und gleichzeitig mit nationalchauvinistischen und leistungs-ideologischen Parolen einschüchtern, dass alle brave Untertanen sein sollen.

Dagegen hat DIE LINKE in Hamburg-Mitte die Verantwortung und beste Möglichkeiten, wie die erfreulichen Abstimmungen gegen die Seilbahn und Olympia sowie die erfolgreichen Wahlen zur Bezirksversammlung 2014 und zur Bürgerschaft 2015 zeigen, mit einer klaren, aufklärerischen Orientierung für progressive Bewegung und den dringend notwendigen Politikwechsel zu ermuntern. Opposition wirkt!

Vor diesem Hintergrund nimmt sich DIE LINKE Hamburg-Mitte folgende Arbeitsschwerpunkte bis 2018 vor:

1. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Die Beendigung aller Kriege ist die erste Zivilisationsvoraussetzung. Daher setzen wir uns für die Umstellung auf ausschließlich zivile Produktion und das Verbot von Waffenexporten über den Hamburger Hafen ein. Ebenso streiten wir für den strikt zivilen Charakter von Bildung und Kultur. Mit der Einführung einer Zivilklausel an der Fachhochschule HAW ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Diese Ausrichtung soll gesetzlich für alle Hochschulen verbindlich gelten. Auch an Schulen hat die Bundeswehr mit ihrer perfiden Kampagne zur Rekrutierung von Menschen für das Geschäft mit dem Tod nichts zu suchen, überhaupt ist Bun-

deswehrwerbung aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Dem 1936 errichteten Kriegerdenkmal am Dammtordamm ist endlich ein Deserteursdenkmal entgegengestellt. Umso mehr bekräftigen wir unser Ziel, das militaristische „Tamm-Museums“ zu schließen - Hamburg braucht stattdessen ein Museum für Frieden und Völkerverständigung. Wir arbeiten eng mit der Friedensbewegung zusammen, beteiligen uns an den Aktivitäten und machen den Kampf für die Beendigung aller Kriege und die Abrüstung bis hin zur Auflösung der Bundeswehr zu einem ständigen Thema.

2. Gegen Rechts – für soziale Gleichheit und Solidarität

Rechtsextreme Organisationen stehen für die brutale Zuspitzung sozialer Ungleichheit. Sie messen Menschen je nach ihrer Herkunft sowie ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, ihre Haut zu Markte zu tragen, unterschiedlichen Wert zu. Nazi-Diktatur und Holocaust haben gezeigt, dass das bis zu Vernichtung und Weltkrieg führen kann. Wir kämpfen dagegen für soziale Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden. In Gegnerschaft zum Konkurrenzprinzip führen wir den „Kampf um die Köpfe“ zur Herausbildung eines Lagers der Solidarität – für die gemeinsame Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle.

Wir fordern daher das Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen. Bis dahin treten wir dafür ein, dass Demonstrationen und Infotische der extremen Rechten in Hamburg-Mitte nicht genehmigt werden. Wir unterstützen Gedenkaktivitäten und setzen uns gemeinsam mit der Bezirksfraktion für eine „Woche des Gedenkens“ ein. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

3. Internationale Solidarität!

Mit unserem Engagement für Frieden und gegen Rechts kämpfen wir dafür, dass Menschen gar nicht erst fliehen müssen. Gleichzeitig streiten wir gemeinsam mit den Geflüchteten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts und das volle aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben. Wir wollen die Verbesserung der sozialen Bedingungen erreichen, flächendeckend sinnvolle und frei zugängliche Gesundheits-, Kultur- und Bildungsangebote sowie humane Arbeitsplätze für alle erreichen – das kommt allen zugute und entzieht Neonazis und anderen Menschenfeinden den Nährboden für ihre Hetze.

4. Die soziale Spaltung überwinden - Geld ist genug da!

Preiswerter und komfortabler Wohnraum für alle!

Private Immobilienkonzerne, Wohnungsspekulation und Korruption im Bauwesen müssen ein für allemal beendet werden. Gegen Großprojekte wie am Stintfang setzen wir uns für die deutliche Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus ein. Dabei muss der Anteil der Sozialwohnungen klar überwiegen - das erhöht auch den Druck zur Senkung der Mieten insgesamt. Leergehaltene Wohnungen müssen gegebenenfalls durch Enteignung erschlossen und leerstehende Büroflächen zu Wohnraum umgewandelt werden – damit kein Mensch mehr in Containern, Zelten oder ganz ohne Obdach leben muss.

Hartz IV muss weg – die 30-Stunden-Woche muss her!

Das Hartz-IV-System ist menschenverachtend und muss überwunden werden. An seine Stelle muss ein sanktionsfreies Arbeitslosengeld treten, dessen Höhe ein menschenwürdiges Leben ohne Armut ermöglicht.

Vor allem aber bedarf es konsequenter Maßnahmen zur Vollbeschäftigung. Durch die Massenerwerbslosigkeit werden Arbeitsuchende wie ArbeitsplatzbesitzerInnen erpresst und gegeneinander ausgespielt. Wir setzen uns für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Das schafft Arbeitsplätze, wirkt für höhere Löhne und verbessert die demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz. Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle gelten - bis zum/zur Strafgefangenen. Solidarität zählt!

Bildung und Kultur für alle!

Ob Hartz-IV-Empfängerin, Geflüchteter, Rollstuhlfahrerin oder Kind betuchter Eltern: Bildung und Kultur haben frei zugänglich zu sein, damit alle Menschen sich das kulturelle Erbe der Menschheit aneignen und ihre Persönlichkeit als mündige BürgerInnen entwickeln können. Dies ist die Grundlage einer Gesellschaft, die auf Emanzipation und Solidarität setzt statt auf Ausgrenzung und Konkurrenz. Die Abschaffung von Studien- und Kita-Gebühren konnte erreicht werden, nun müssen – vor allem in den Schulen – die Inklusion vorangerieben und ausreichend ausgestattete Sprachkurse und Integrationsklassen geschaffen werden. Theater, Bücherhallen und Museen müssen von Arbeitslosen und Geflüchteten kostenfrei besucht werden können.

Nervtötende Mega-Events wie Hafengeburtstag, Alstervergnügen und Kreuzfahrtschiff-Besuche machen Hamburg zu einer Event- und Touris-

musstadt, die den kommerziellen Gewinnerwartungen unterworfen wird und immer weniger den Interessen und Bedürfnissen der BewohnerInnen entspricht. Dagegen stärken wir Stadtteilkultur als lebensnahen Reflexionsraum von unten, in dem die Menschen sich gemeinsam bilden und emanzipieren – und die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihre eigenen Hände nehmen.

Die Schuldenbremse muss weg!

Die gesellschaftliche Entwicklung ist der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung zu entziehen und gehört in die öffentliche Hand: zur Stärkung des Sozialstaates, der Demokratie und des Allgemeinwohls. Daher ist die Politik der Schuldenbremse zu beenden.

Die Privatisierung staatlicher Aufgaben hat für die Bevölkerungsmehrheit nur Ärger und Schaden gebracht. Öffentliche Aufgaben müssen vollständig zurück in die öffentliche Hand, in die Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Einrichtungen usw.) muss massiv investiert werden, so werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Öffentliche Einrichtungen müssen demokratisiert werden. Besonders arbeiten wir an der Rekommunalisierung der Krankenhäuser, damit nicht der Profit, sondern der Mensch im Zentrum des Gesundheitswesens steht.

5. G20-Gipfel – für eine Welt der 99%!

Für 2017 wird derzeit ein G-20 Gipfel in Hamburg geplant. Bei den G-20 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der zwanzig stärksten Volkswirtschaften, die zusammen 90 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts generieren, belagert von ihren wahren Bossen: den großen Konzernen und Banken. Diese Macht soll an den Vereinten Nationen vorbei weiter verteidigt und zum Schaden der Weltbevölkerung ausgebaut werden (u. a. TTIP). Wie Olympia steckt in diesem Gipfel alles Übel des dekadenten Imperialismus: die Macht des großen Eigentums, Militarisierung, soziale Verelendung,

Und ein paar kurze Anmerkungen

Ich freue mich sehr, dass wir wieder einen (fast) vollständigen Bezirksvorstand haben. Und auch darüber, dass endlich wieder drei Frauen dabei sind, mal ganz abgesehen davon, dass Verena auch ohne Mandat den Vorstand unterstützt hat und weiter unterstützen wird.

Ebenso freut es mich, dass die beklagten Kommunikationsdefizite zwischen Partei und Bezirksfraktion vielleicht schon dadurch überwunden werden könnten, dass drei Menschen neu im Vorstand sind, die auch als zugewählte BürgerInnen in der Fraktion mitarbeiten.

Erpressung ganzer Staaten. Und: Die Kosten für den letzten G20-Gipfel in Toronto beliefen sich auf eine Milliarde US-Dollar! Wie bei NOlympia verbinden wir unser Nein zum G20-Gipfel in Hamburg mit dem Engagement für soziale Progression. Wir ermuntern die große Mehrheit der Menschen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

6. Solidarität schafft Hoffnung! - Eckpunkte einer produktiven Arbeitsweise

Um diese Aufgaben kooperativ und streitbar anzugehen, braucht DIE LINKE Hamburg-Mitte weiterhin regelmäßige thematische Mitgliederversammlungen und offene Vorstandssitzungen. Außerdem sollen Aktivenberatungen die Beteiligung aller GenossInnen an der Entwicklung und Umsetzung unserer Ideen und Vorhaben ermöglichen.

Dafür ist der Vorstand initiativ. Er greift Initiativen der Basis auf und unterstützt sie. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Stadtpolitische Konferenz ein, um sich nach dem NOlympia-Erfolg gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Gewerkschaften sowie der Friedens-, antifaschistischen, antirassistischen, Studierenden- und anderer Bewegungen zu verständigen, wie ein grundlegender Politikwechsel für ein soziales und solidarisches Hamburg erreicht werden kann. Zusammen sind wir stark!

So entwickeln wir uns weiter als solidarische Mitglieder- und sozialistische Programmpartei, die sich von unten nach oben aufbaut, Begeisterung weckt und weite Kreise zieht. So kann auch die Arbeit in Parlament und Verwaltung wirkungsvoller und erfreulicher werden.

Der Antrag wurde von der BMV „wohlwollend zur Kenntnis genommen“ und an den neuen Vorstand zur Bearbeitung überwiesen.

Die BOn/Stadtteilgruppen sind künftig (bis auf Finkenwerder) alle vertreten, so dass auch diese bei der BMV geäußerte Forderung erfüllt ist.

Die Diskussionen im Vorstand werden sicherlich nicht einfacher, aber die Arbeit kann auf mehr Schultern verteilt werden. Und es steht zu hoffen, dass es auch gelingt, wieder häufiger die Sprache des Nachbarn zu sprechen und so die Partei noch besser im Bezirk zu verankern.

Viel Glück und eine solidarische Zusammenarbeit wünscht
besel

Anmerkungen zum Bundesparteitag

Die Tür nach links aufgemacht - Neuer Aufbruch in der Partei

In den bürgerlichen Medien fand der Bundesparteitag der Linken im Vorwege -einmal abgesehen von den unsäglichen Äußerungen Gregor Gysis- wenig Beachtung. Dieser hatte behauptet *DIE LINKE* sei saft- und kraftlos und müsse in einem Regierungsbündnis mit SPD und Grünen wieder aufgepäppelt werden.

Mein Eindruck auf dem Parteitag war, die meisten Delegierten auf dem Parteitag waren genervt bis verärgert über Gysis Äußerungen. So wurde Gysis Diagnose „saft- und kraftlos“ zum running-gag, in Dutzenden von Redebeiträgen die vor Saft und Kraft nur so sprudelten.

Dies gilt insbesondere für die brillante Rede von Sahra, die deutliche Worte der Abgrenzung zum neoliberalen Parteienkartell fand und sich gegen Lagerwahlkämpfe in den anstehenden Landtagswahlen aussprach. Aber auch für die Reden von Katja und Bernd, die der Idee eines „linken Lagers“—wie schon in ihrem Diskussionspapier „Revolution für Soziale Gerechtigkeit und Demokratie“- eine Abgabe erteilten.

Im Mittelpunkt des Magdeburger Parteitages stand -neben der Wahl eines neuen Parteivorstandes- die Behandlung der drei vom Parteivorstand eingebrachten Leitanträge

„Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck“,

„Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!“

und der Antrag

„Für Frieden und eine gerechte Weltordnung – Linke Alternativen zum Krieg gegen den Terror und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik“

Zu den Leitanträgen lagen mehr als 250 Änderungsanträge vor, die meisten Anträge aus dem linken Parteispektrum. Die Leitanträge wurden nach ausführlichen Debatten letztlich mit großer Mehrheit angenommen. Ihr findet sie unter:

<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitag/magdeburger-parteitag-2016/beschluesse-und-resolutionen/> .

Nach Auffassung der Antikapitalistischen Linken (akl) signalisieren die ersten beiden Leitanträge:

*„Erstens eine Neuaufstellung der Partei in Richtung selbstbewusste, eigenständige sozialistische Kraft, die sich nicht so sehr wie in der Vergangenheit von wahltaktischen Überlegungen und Koalitionsphantasien mit SPD und Grünen leiten lässt. Zweitens die klarere Formulierung und Propagierung eines eigenen sozialen und ökologischen Programms für eine andere Politik und eine andere Gesellschaft, das –so klar leider nur in den Parteitagsreden - in den Losungen für eine >Revolution der Gerechtigkeit< und für den Aufbau eines Lagers der Solidarität< zusammengefasst wurde. Und drittens die Initiative für breite Bündnisse auf allen gesellschaftlichen Ebenen gegen rechte und rassistische Politik der AfD und ihrer Helfer*innen.“*

Der dritte Leitantrag bekräftigt für die akl *„die antimilitaristischen und friedenspolitischen Positionen der LINKEN. Nicht nur weil die Regierungen in Berlin und der EU ungebrochen an ihrem Kurs der Eingrenzung Russlands, der Einschüchterung der armen Länder und der direkten Fortsetzung von Kriegspolitik festhalten(..), sondern auch, weil immer wieder von außerhalb, aber auch von innerhalb der Partei Druck aufgebaut wird, die LINKE solle diese Position aufgeben.“*

Die Leitanträge, die Diskussion und Beschlussfassung dazu lassen m. E. eine deutliche inhaltliche Akzentverschiebung der Partei nach links erkennen.

Als **wichtige Ergebnisse des Parteitages** würde ich festhalten:

- Der Parteitag erteilte der Vorstellung, es gäbe ein linkes Lager eine deutliche Abgabe.
- Der Parteitag sprach sich eindeutig für Solidarität mit Geflüchteten, gegen jede Form von Asylrechtsverschärfungen und gegen Abschiebungen aus. Ein Antrag, der einen Abschiebestopp von der LINKEN in Landesregierungen fordert, fand jedoch keine Mehrheit.
- Der Parteitag bestätigte den friedenspolitischen Kurs. Im Beschluss heißt es: *„Die*

Linke wendet sich gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung- gleichgültig, von welcher Regierung sie ausgeht“. Ein Antrag aus den Reihen des Forums demokratischer Sozialismus (fds), der die Forderung nach „Rückzug aller internationalen Streitkräfte vom Schlachtfeld Naher und Mittlerer Osten“ im Leitantrag streichen wollte, wurde abgelehnt.

- Dass der Kampf gegen Rassismus zwingend mit der Sozialen Frage zu verbinden ist. Wer vom Rassismus spricht, darf zur Sozialen Frage nicht schweigen!
- Dass die Partei mehr Betonung auf Kampagnen und Widerstand legt. Zu den Demonstrationen gegen CETA und TTIP wird mobilisiert.
- Dass der Parteitag formuliert hat, „die EU ist undemokratisch, unsozial und militaristisch“. Die Positionierung war beim Europaparteitag vor zwei Jahren noch abgelehnt worden.

Zu den Parteivorstandswahlen:

Ohne GegenkandidatInnen wurden die Vorsitzenden und der geschäftsführende Parteivor-

stand wieder gewählt. Im erweiterten Parteivorstand hat sich das grundlegende Kräfteverhältnis zwischen Parteilinken, Zentrum und Parteilichten –wenn man so will- nicht quantitativ verschoben. Aber die Wahlen können als Erfolg für die Parteilinke gewertet werden, die bis auf einen alle ihre KandidatInnen in den Parteivorstand gewählt bekam. Die kompletten Wahlergebnisse findet ihr unter:

<https://www.die-linke.de/partei/organe/parteitage/magdeburger-parteitag-2016/wahl-des-parteivorstandes/> .

Fazit:

- Der Parteitag war sicher nicht der ganz große Aufbruch, wie von vielen erhofft.
- Er war aber auch kein einfaches „Weiter so!“
- Die schleichende Rechtsverschiebung aus den letzten Jahren hat sich auf dem Parteitag selbst nicht fortgesetzt.
- Im Gegenteil wurden einige wichtige Signale nach links ausgesendet.
- Entscheidend wird sein, ob diese Signale in praktische Politik umgesetzt werden.

Jürgen Olschok

Bündnisdemonstration am 28.5.:

"Beyond Welcome - Eine andere Planung ist möglich"

Knapp 1000 TeilnehmerInnen demonstrierten am 28. Mai für eine andere Flüchtlingspolitik und für eine grundlegende Neuorientierung der Stadtplanung durch die Hamburger Innenstadt. „Eine solidarische Stadt kennt keine Obergrenze“, „Eine Brücke ist kein Zuhause“ - „Ja! In meiner Nachbarschaft!“ waren einige der Parolen.



Aufrufer waren das Bündnis „Recht auf Stadt“ (RaS) sowie u.a. „Keine Stimme den Nazis“, aber auch z.B. der Einwohnerverein St. Georg. CS (Fotos: Christiane Schneider, auch Titelseite)

Erste Rote Radtour am 21. Mai

Am 21. Mai fand die 1. Rote Radtour der LAG Sport der Partei DIE LINKE statt. Leicht verspätet, wen wundert es, ging es um 10.30 Uhr auf die Fähre nach Finkenwerder.



(Fotos: Harald Singler)

Zwanzig Genossinnen und Genossen machten sich dann auf die ca. 35 km lange Strecke durch das Alte Land.



Günstige Gelegenheit um sich auch mal abseits von nicht enden wollenden Parteisitzungen auszutauschen, mal unpolitisch gemeinsam ein paar schöne Stunden zu verbringen. Nicht zu vergessen: Die Sonne im Grünen zu genießen, was in Hamburg Mitte ja nicht immer so richtig möglich ist.

CSD 2016 – wir sind wieder dabei



Was wir für die 2. Rote Radtour, sie soll noch im Sommer starten, gelernt haben? Auch so eine linke Radtour braucht ein Programm. Wir arbeiten dran.



Wie in den vergangenen Jahren (Bild: 2015, Christiane Schneider) wird sich die LINKE auch in diesem Jahr am CSD (5. bis 7. August) beteiligen.

Alle Mitglieder sind zur Unterstützung unseres Infostandes und zur Teilnahme an der Parade am 6.8. eingeladen.

Und ich kann sagen, es macht Spaß! besel

Politik ist nicht alles



Die aktiven Genossinnen und Genossen der Bo-Wilhelmsburg/Vedd traf sich zu einem feuchtföhlichen Zusammensein am 28. Mai bei Christine und mir im Garten. Auch unser Genosse Tilman Rosenau verbrachte diesen Tag mit uns. Bis in die späten Abendstunden dauerte unsere Gartenparty und alle gingen mehr oder weniger schwankend nach Hause.

Ganz ohne Politik ging es dann doch nicht, aber das war ja auch zu erwarten. Die eine oder andere Diskussion unter den Genossinnen und Genossen gab es schon. Aber so ist es nun mal, wenn die Linken feiern. Schnell wurde der Beschluss (ohne Protokoll) gefasst, dass man so etwas öfters machen sollte. Denn in so einer angenehmen lockeren Atmosphäre kann man mal Dinge sagen, die auf unseren BO-Sitzungen nicht ausgesprochen werden.

Und nun lande ich doch wieder bei der realen Politik. Wie ihr sicherlich alle schon mitbekommen habt, haben wir im Regionalausschuss einen bemerkenswerten Erfolg erzielt. Ein Antrag zum Ein-

kaufzentrum, dem „Luna-Center“, wurde mit den Stimmen aller Parteien (AfD war nicht anwesend) angenommen. Das zeigt wieder einmal, wenn nach einer Pressemitteilung von uns in der einen oder anderen Zeitung darüber berichtet wird, dass die anderen Parteien gar nicht nein sagen können, wenn, wie in diesem Fall, die BürgerInnen vor Ort endlich wissen wollen, wie es mit dem „Luna-Center“ weitergeht. Dies können sie aber nur erfahren, wenn der Eigentümer und ein/e VertreterIn der Verwaltung zum RA eingeladen werden und Auskunft geben, wie es mit dem „Luna-Center“ weitergeht.

Ronald Wilken

Die nächsten Infostände in Wilhelmsburg:

**Am 10.06.2016 von 13-17 Uhr
Krieterstr. (Berta-Kröger Platz).**

**Am 18.06.2016 von 10-13 Uhr
Stübenplatz (Ecke Veringstraße).**

**Am 25.06.2016 von 10-13 Uhr
Karl-Arnold-Ring (Marktplatz bei Penny)**

1. Landesbildungstag:

Rechtsruck in der BRD - und die Antworten der LINKEN?

Samstag, 18. Juni 2016 - 10:30 bis 17:30
MUT-Theater - Amandastr. 58 - 20357 Hamburg

Meldet euch bitte bis zum 15.6.2016 per E-Mail an bildung@die-linke-hamburg.de oder unter 040-386 21 64 verbindlich an.

Warum dieser Bildungstag?

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen vom 13. März haben die politischen Verhältnisse in der BRD dramatisch verändert. Sie sind ein bundespolitischer Stimmungstest und zeigen auf, was uns bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr erwarten könnte.

Eine erste Schlussfolgerung ist sicher, dass gesellschaftliche Richtungskonflikte, deutlich geworden am Beispiel der „Flüchtlingskrise“, zu einer Remobilisierung von NichtwählerInnen führen können und das der Wahlerfolg der AfD eine Abstrafung der politischen Eliten (CDU und SPD) zum Ausdruck bringt. Das politische Gefüge und das Parteiensystem in der Bundesrepublik verschiebt sich und verlangt von uns LINKEN neue Antworten und Alternativen. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie die LINKE wahrgenommen und ob ihr zugetraut wird, wieder die Deutungsmacht über die soziale Frage zu bekommen. Dabei ist die analytische Durchdringung der im Laufe der letzten Jahrzehnte erfolgten gesellschaftlich-strukturellen Veränderungen von großer Bedeutung. Sie macht deutlich, dass der Erfolg rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien nicht nur als Reaktion auf kurzfristige politische Ereignisse („Flüchtlingskrise“) anzusehen ist, sondern als langfristiger Prozess, auf den auch die LINKE neue Antworten zu geben hat. Der unter Mitwirkung der SPD erfolgte neoliberale Umbau hat zu einer Erosion sozialer Sicherheiten und planbarer Zukunftsperspektiven geführt, die vom Rechtspopulismus besetzt und zur reaktionären „Rückbesinnung“ auf „Familie“, „Nation“, rassistischen Menschenbildern und Anti-Feminismus genutzt werden. Kern dieser „Kulturrevolution von Rechts“ ist der Kampf gegen alle mit 1968 erkämpften Reformen, Modernisierungen und Öffnungen für progressive Lebensstile und –entwürfe.

Die politische Bildungsarbeit ist in ihren strategischen und programmatischen Inhalten so zu entwickeln bzw. zu erneuern, dass die Mitglieder der LINKEN in die Lage versetzt werden, sich Deutungsmacht über die sozialen und politischen Verhältnisse in der BRD zu erarbeiten, die Perspektiven eines demokratischen Sozialismus aufzuzeigen und die Rolle der LINKEN als einer Bewegungen und Initiativen „verbindenden Partei“ zu profilieren.

Der Hamburger Bildungstag soll insbesondere die Bezirksverbände in die Lage versetzen, sich dieser Thematik anzunehmen und eigenständige Bildungsveranstaltungen durchzuführen, die eine moderne politische Bildungsarbeit nutzen um die Partei zu stabilisieren. Zur Unterstützung für die Bildungsarbeit in den Bezirken wird ein Reader über den Bildungstag erstellt.

<----->

Abends zeigt das MUT-Theater „Wagen 10 - eine beispielhafte Flüchtlingsbiografie“ – wer dabei sein möchte (12/9 €), meldet sich einfach bei bildung@die-linke-hamburg.de bis zum 15.6.2016 an.

Stadtfest auf der Langen Reihe



Dirk Prösdorf am Infostand

Am 28. und 29.5. war es wieder die LAG queer, die dafür sorgte, dass Kahrs und Co. die Lange Reihe nicht für sich hatten. Bei fast durchgehend schönem Wetter kamen jede Menge Kontakte zu Stande, viele Menschen wollten nur ein Bonbon, einen Aufkleber oder einen Luftballon, aber einige auch unser Parteiprogramm!

Insofern muss mensch sagen: Auch wenn es manchmal schwer fällt, auch auf solchen Festen müssen wir sichtbar sein!

Großen Dank allen HelferInnen aus der Partei!



Termine in (und für) Mitte

Samstag, 11.6., 9:30 h/Sonntag, 12.6., 10 h

Landesparteitag mit Wahlen

Hamburg Saal im Haus U
des bfws Hamburg-Farmsen
(August-Krogmann-Str. 52, Hamburg)
Der Parteitag ist parteiöffentlich!

Dienstag, 14.06., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 14.06., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 15.06., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Sonntag, 19.06. 16:30 Uhr

Demonstration / Kundgebung:

Hand in Hand gegen Rassismus –
Für Menschenrechte und Vielfalt!
Treffpunkt 16:30 Uhr am Jungfernstieg

Montag, 20.06., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 23.06., 17.30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung HH Mitte,**
zu Beginn öffentliche Fragestunde
Sitzungssaal Klosterwall 4, 1. OG

Juli 2016

Montag, 04.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 06.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 12.07. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.07., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 18.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.07.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		
Michael Czerwinski		
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		
Regina Jürgens		
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Daniel Stoop		
Wolfgang Strauß		
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX